



Islam-Konferenz in Berlin Islamverbände: Politik sucht Ansprechpartner



28.11.2018 10:54 Uhr

Der Einfluss aus dem Ausland, die Ausbildung von Imamen, die vielen Ansprechpartner - zur Islam-Konferenz werden Forderungen nach mehr Klarheit laut.



Viel zu diskutieren: Islam-Konferenz

Quelle: dpa

Vor dem Auftakt der Deutschen Islam-Konferenz heute in Berlin wünschen sich Politiker mehr Klarheit im Dialog mit den Muslimen in Deutschland. "Der Staat braucht einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite, wie wir ihn bei anderen Religionsgemeinschaften - etwa mit dem Zentralrat der Juden - haben", forderte die Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz in der "Bild"-Zeitung. Auf NDR-Info forderte die CDU-Politikerin die Bildung eines Dachverbands, der die Diskussionen innerhalb der Islamverbände und Gemeinden kanalisiert.

Gesundheitsminister Jens Spahn nannte es problematisch, dass es keine zentrale Institution gebe, die auch für säkulare und liberale Muslime sprechen könne. Die bestehenden Verbände sollten sich zudem unabhängig von finanziellen Zuwendungen oder Einflüssen aus dem Ausland machen, forderte der Kandidat für den CDU-Vorsitz. Der Grünen-Politiker Cem Özdemir warf Parteien und Staat vor, sich vor allem auf die überwiegend aus dem Ausland gesteuerten Islam-Verbände zu stützen. Diese repräsentierten aber nicht die große und liberale Mehrheit der Muslime in Deutschland.

Umstrittener Einfluss aus dem Ausland

Religionsbehörde gesteuert. Es sei wichtig, den Gesprächsfaden hier nicht abubrechen. Viele Gemeinden in Deutschland wollten sich emanzipieren. "Ich glaube, wir müssen diesen Prozess unterstützen."

Innenminister Horst Seehofer rief die Muslime auf, sich von ausländischer Einflussnahme abzukoppeln. So sollten sie "nicht nur Organisation und Finanzierung ihrer Gemeinden selbst in die Hand nehmen, sondern auch die Imamausbildung an ihre Bedürfnisse anpassen", schrieb Seehofer in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Auch Widmann-Mauz erklärte, "wer als Moscheeverband Teil von Deutschland sein will, kann nicht Teil von Riad oder Ankara bleiben". Für sie sei es wichtig, dass verschiedene islamische Strömungen in Deutschland zu Hause sein können.

” Wer als Moscheeverband Teil von Deutschland sein will, kann nicht Teil von Riad oder Ankara bleiben.

Die Integrationsbeauftragte Widmann-Mauz in der "FAZ"

Tatsächlich werden durch die Verbände bei weitem nicht alle der in Deutschland lebenden Muslime repräsentiert. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zufolge lebten Ende 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime hierzulande - die Zahl dürfte durch Zuwanderer weiter gestiegen sein. Nur etwa ein Viertel gab aber in einer Erhebung 2009 an, sich durch einen der großen Dachverbände vertreten zu fühlen. Weitaus größer ist die Zahl der Moscheebesucher. Kritiker bemängeln, dass säkulare Muslime nicht ausreichend repräsentiert würden.

Vierte Runde der Islam-Konferenz



Am Mittwoch beginnt die nächste Runde der Islam-Konferenz - erstmals mit Horst Seehofer als Innenminister. Das zweitägige Treffen mit 240 Teilnehmern soll zugleich ein Neustart im Dialog mit den Muslimen in Deutschland sein. Die Konferenz kommt erstmals in neuer Besetzung zusammen. Seehofer hat neben den Islam-Verbänden diesmal auch liberale Theologen und Wissenschaftler eingeladen. Einige von ihnen hatten die Verbände in der Vergangenheit wegen ihres konservativen Islam-Verständnisses scharf kritisiert. Die Türkische Gemeinde in Deutschland lobte die

Bei den Diskussionen am Mittwoch und Donnerstag soll es Seehofer zufolge besonders um alltagspraktische Themen gehen. Im Zentrum stehe die Frage, "wie sich der muslimische Glaube und die mit ihm verknüpften Überzeugungen und Bräuche mit der in Deutschland gewachsenen Kultur und den Werten unserer Gesellschaft im Alltag besser in Einklang bringen" ließen. Die Konferenz bringt deutsche Muslime und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen zusammen. In den vergangenen Jahren hatte sie unter anderem Fragen wie Religionsunterricht und islamische Seelsorge erörtert. Die Konferenzen begannen 2006, die jetzige Runde ist die vierte.

Baustelle Imam-Ausbildung

Auch der Islamismus-Experte und Konferenzteilnehmer Ahmad Mansour kritisierte, die Verbände seien aus dem Ausland gesteuert und repräsentierten nur eine Minderheit. Aber sie würden "von der Politik gehört, als seien sie die einzigen legitimen Stimmen". In der "Stuttgarter Zeitung" rief Mansour zur Förderung von Moscheen auf, die unabhängig von ausländischen Geldgebern sind. Dagegen warnte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, davor, die überwiegend von den Islamverbänden getragenen Moscheegemeinden als Problem zu sehen. Sie seien Teil der Lösung, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. "Es geht nur gemeinsam und nicht gegeneinander."

Derweil will Innenstaatssekretär Markus Kerber in dieser Wahlperiode Fortschritte bei der Ausbildung von Imamen in Deutschland erreichen. In Deutschland hätten sich über Jahrzehnte hinweg "Strukturen etabliert, bei denen die Gemeinden auf Imame aus dem Ausland zurückgreifen". Die Auflösung werde eventuell Jahre dauern. Bund- und Landesregierungen könnten hier Unterstützung leisten. Es gebe mittlerweile viele hundert deutschstämmige muslimische Theologie-Studenten, die nach dem Studium nicht als Imame arbeiten könnten, so Kerber. Grund sei das Fehlen einer an das Studium anschließenden Praxis-Ausbildung.

Quelle: kna, epd, dpa, afp

Mehr zum Thema Muslime in Deutschland

^ nach oben



Mehr ZDF ▼

ZDF woanders ▼

Service ▼

Das ZDF ▼

Partner



[Nutzungsbedingungen](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

